

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 11 – Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Dazu sagt die jugendpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Aminata Touré:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 308.19 / 28.08.2019

Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene stärker einbinden

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleg*innen und Kollegen,
liebe Gäste auf der Tribüne,

ich will es kurz halten, weil zu diesem Thema gar nicht so wahnsinnig viel Uneinigkeit in der Sache besteht. Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene stärker einzubinden, ist zweifelsohne wichtig und die Frage ist: Wie gelingt dies am besten?

Ein Weg kann definitiv sein, so wie der SSW es vorschlägt, eine Person aus dem Kinder- und Jugendbeirat mit beratender Stimme in den jeweiligen Jugendhilfeausschuss aufzunehmen. Aber es gibt durchaus ein paar Probleme mit diesem Vorschlag.

Die Jugendhilfeausschüsse werden auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte gebildet. Kinder- und Jugendbeiräte finden sich auf der Ebene der Gemeinden und kreisangehörigen Städte. Zudem sind die Beiräte nicht die einzige Organisationsform für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Einige Kommunen bilden Jugendparlamente, wie beispielsweise den „Jungen Rat Kiel“. Andere fahren gut mit Beauftragten oder unterstützenden Ansprechpartner*innen und Büros, die sich je nach Situation und konkreten Vorhaben mithilfe von Kinder- und Jugendbeteiligung organisieren.

Wir sollten definitiv die bestehenden Institutionen, die sich mit mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auseinandersetzen, in diese Debatten einbinden. Zum Beispiel den Landesjugendring, der durchaus Änderungsvorschläge hat. Aber der wichtigste Punkt ist: Was sagen Kinder und Jugendliche selbst dazu? Ist das ein Dollpunkt oder nicht?

Wenn wir ganz ehrlich sind, dann müssen wir uns ja auch die Frage stellen, welche Kids und welche Jugendliche diese Strukturen und Gremien kennen? Wer bekommt die Infos zu diesen bestehenden Gremien und wie? Wer traut sich dort hin? Wer sieht sich überhaupt in solchen Gremien? Diese Fragen stellt man sich nicht nur, wenn man als erwachsener Mensch Politik machen will, sondern es fängt doch schon dort an. Ich finde das nicht irrelevant und deshalb auch den Anstoß des SSWs sehr stark.

Natürlich müssen auch bestehende Strukturen verändert oder gestärkt werden, um mehr Beteiligung hinzubekommen. Ich finde am Ende einer politischen Debatte, die um Beteiligung geführt wird, müssen wir uns die Frage stellen: Haben wir nun auch tatsächlich mehr Beteiligung geschaffen und das vor allem in der breiten Masse?

Über den Vorschlag des SSW und über andere Formen politischer Arbeit oder Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen würde ich gerne im Ausschuss weiter diskutieren.
